Neue Freie Presse
20./VI. 1915

Kriegskommission für Konsumenteninteressen.

Der Arbeitsausschuß dieser Kommission hielt gestern eine Sitzung ab. Es wurde beschlossen, zur Hintanhaltung einer Erhöhung der Zuckerpreise, sowohl für den Rest der Kampagne als auch für die neue Ernte alles aufzubieten, die kompetenten Regierungsstellen von der gänzlichen Grundlosigkeit einer solchen Erhöhung zu überzeugen. Wenn nicht von seiten der Konsumenten mit allen Kräften nachdrücklichst diese Aktion unterstützt wird, könnte es tatsächlich gelingen, der Regierung die Zustimmung zu einer Preiserhöhung wenigstens für die neue Kampagne abzuringen. Die von den Zuckerproduzenten angeführten Argumente können keinesfalls hingenommen werden, sondern müssen sehr sorgfältig geprüft werden, und zwar nicht nur von der Regierung, sondern auch von den Fachleuten des organisierten Konsums; die Regierung wird daher neuerlich und dringlichst ersucht, bei der Fortsetzung der Verhandlungen mit den Zuckerindustriellen auch den Konsumenten eine ausgiebige und im Verhältnisse zu den Industriellen und Händlern entsprechende Vertretung zur Wahrung ihrer Interessen einzuräumen, da sonst die Gefahr besteht, daß der einseitigen Beratung der Produktionsverhältnisse, speziell der Gestehungskosten des Rohzuckers nicht wirksam begegnet werden könnte.

Zur Erhöhung des Konsums von Seefischen in Wien beschloß die Kommission die Entfaltung einer regen Propaganda durch Veranstaltung von Probeessen, Ausgabe eines Flugblattes usw. Zunächst wäre eine Herabsetzung der Seefischpreise geeignet, diese Propaganda zu unterstützen, und es sollte, eine Verbilligung der Seefischpreise vorausgesetzt, die Propaganda auch auf die Gastwirte erstreckt werden, welche an zwei oder drei Tagen der Woche einfache Seefischgerichte den Gästen anzubieten hätten, um die Bevölkerung Wiens an die regelmäßige Seefischnahrung immer mehr und mehr zu gewöhnen.

Sehr eingehend befaßte sich die Kommission auch mit der Milchversorgung. Angesichts der neuerdings bemerkbaren Versuche, die Milchpreise zu erhöhen, beziehungsweise die geltenden Preise festzuhalten, beschloß die Kommission, Erhebungen zu pflegen, um festzustellen, ob die von interessierter Seite vorgebrachten Gründe einer ungenügenden Ernte an Klee und anderen Futterstoffen den Tatsachen entsprechen. Die Gemeindeverwaltung soll ersucht werden, die Milchhändler an ihr seinerzeitiges Versprechen einer Herabsetzung der Milchpreise zu erinnern und die Marktorgane zu beauftragen, daß die sogenannte Schankmilch nicht über den Preis von 36 H. abgegeben werden dürfe und die Abgabe der Flaschenmilch in hygienisch einwandfreier Weise seitens der Molkereien sichergestellt werde, um zu verhindern, daß Schankmilch als Flaschenmilch verkauft werde.

Im Zusammenhange damit wurde auch eine Eingabe an das Ackerbauministerium beschlossen, in welcher auf die Notwendigkeit einer größeren Rührigkeit der Landeskulturräte hingewiesen werden soll, die bis jetzt gar nicht oder in höchst unzulänglicher Weise mit den Approvisionierungsfragen sich befaßten und ihre ganze Tätigkeit auf die Wahrnehmung der besonderen Berufsinteressen der Landwirtschaft beschränkten.

In der nächsten Sitzung soll die Frage der Kohlenversorgung beraten werden, weil diese Frage in ihrer gegenwärtigen Gestaltung schon jetzt das Interesse der Bevölkerung zu berühren geeignet ist.